

Joachim Rock
Störfaktor Armut
Ausgrenzung und Ungleichheit im »neuen Sozialstaat«

Joachim Rock leitet die Abteilung Arbeit, Soziales und Europa im Paritätischen Gesamtverband. Von ihm erschien bislang im VSA: Verlag »Wohlfahrt im Wettbewerb. Europarecht kontra Daseinsvorsorge und soziale Dienste?« (Hamburg 2010).

Ulrich Schneider ist Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Gesamtverband.

Joachim Rock

Störfaktor Armut

Ausgrenzung und Ungleichheit im »neuen Sozialstaat«

Mit einem Geleitwort von Ulrich Schneider

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag Hamburg 2017, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Titelfoto: ts-grafik / Photocase 2010
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH
ISBN 978-3-89965-719-7

Inhalt

Ulrich Schneider

Geleitwort:

Armut stört, ein gutes Buch über Armut auch 7

1. Einleitung 10

2. Sprache – Macht – Politik 16

**3. Was ist Armut
und, wenn ja, wie viele?** 30

3.1 Amtlich anerkannte Armut:
Gesetzliche Leistungen und Defizite 33

3.2 Autonomieverluste, Überwachung,
Sanktionen – die Nachtseite des Sozialstaats 44

**4. Nur Ungleichheit?
Armut wird unterschätzt, Reichtum auch!** 52

4.1 Einommensbezogene Armutsbegriffe 58

4.2 Armut abseits des Einkommens 63

**5. Reich wird man nicht von allein,
arm auch nicht** 71

**6. Geschichte, die sich wiederholt:
Armut und Armutsbilder in Deutschland** 84

**7. Die Verstaatlichung der Armut- und
Reichtumsberichterstattung** 97

**8. Verteilungsfragen:
Vom Krieg und Frieden mit der Armut in der Welt** 104

**9. Abschied vom Aufstieg:
zur Refeudalisierung sozialer Verhältnisse** 116

10. Winter is coming:	
Alter als neues Armutsrisiko	125
11. Auf lange Sicht ...	
Wie Armut hingenommen wird	135
12. Die neue (Un)Ordnung der Wirtschaft:	
Armut und Ausgrenzung 4.0	146
13. Das Bildungs-Placebo:	
Lebenslügen im Elitendiskurs	156
14. Ab durch die Mitte:	
Über Abwehr, Abschottung und Ignoranz im Mainstream	165
15. Ausgrenzung, Verachtung, Abwertung:	
Gefahr für Demokratie und Zusammenhalt	178
16. Nicht das Ende:	
Soziale Antworten auf soziale Fragen	188
Literatur	204

Ulrich Schneider

Geleitwort: Armut stört, ein gutes Buch über Armut auch

»Armut stört.« Das tut sie wirklich. Ich bin gerade auf dem Weg nach Düsseldorf zu einem großen Fachkongress der Jugendhilfe. Von meinem Büro bis zum Berliner Hauptbahnhof sind es zwei Stationen mit der S-Bahn. Erst steigt ein Bettler ein, ein Mensch von wirklich mitleiderregender Gestalt, der sich als Patrick vorstellt, um sodann mit seinem zerkrumelten Kaffeebecher herumzugehen in der Hoffnung, dass ihm jemand etwas Kleingeld hineinwirft.

Als Patrick wieder aussteigt, steigen zwei osteuropäische Straßenmusiker zu, von denen es in Berlin so viele gibt. Das »Spiel« wiederholt sich, nur dass sich die beiden nicht weiter erklären, sondern ganz ohne Vorrede auf ihren Blasinstrumenten lautstark »When the Saints go Marchin in« anstimmen. Dann jedoch wieder der zerkrumelte Kaffeebecher.

Auf meinem Bahnsteig im Berliner Hauptbahnhof eingetroffen, wird mir von einer jungen Frau gleich unsere Berliner Obdachlosenzeitung, »Der Strassenfeger«, angeboten. Tatsächlich hat sie nur ein einziges Exemplar in der Hand, das mindestens so zerknittert war, wie die beiden Kaffeebecher, die mir in der S-Bahn entgegengehalten wurden.

Armut stört. Ich müsste lügen, wenn ich behaupten würde, dass mich die Bettelei, die mich auf meinem kurzen Weg vom Büro bis zum Zug begleitete, nicht gestört hätte. Nicht, dass ich mich belästigt gefühlt hätte. Belästigt fühle ich mich, während ich diese Zeilen schreibe, durch den Mitreisenden zwei Sitze weiter, der, seit er Platz genommen hat, lauthals und unentwegt in sein Handy brüllt. Belästigt fühle ich mich durch den Geruch des Fischbrötchens, das irgendjemand weiter vorn ausgepackt haben muss.

Nein, ich fühlte mich nicht belästigt durch die Bettler. Ich fühlte mich plötzlich belastet. Die gute Stimmung und Leichtigkeit, dieses »Alles-ist-prima-Gefühl«, vermischte sich plötzlich mit Schwermut, mit einer moralischen Last, die meine gute Laune trübte.

Die meisten, die da wortreich, meinungsfreudig und meinungsstark in Deutschland die öffentliche Debatte über Armut führen, in den Talkshows und den Zeitungen, fahren keine S-Bahn. Sie haben einen Fahrer, fahren Dienstwagen oder Taxi. Die meisten von ihnen kommen kaum wirklich mit

Armen in Kontakt. Und wenn, merken sie es wahrscheinlich nicht einmal. Viel zu weit liegen sie auseinander, die Lebenswelten der Habenichtse und die unserer meinungsbildenden Spitzenverdiener.

Und dennoch, auch sie stört die Armut – und zwar immens, und das obwohl sie sie in der Regel nicht einmal nicht konkret erleben. Sie stört die Armut bereits, wenn sie nur von ihr lesen müssen oder mit den einschlägigen Statistiken konfrontiert werden. Dass es Armut gibt, passt nicht ins eigene Narrativ des subjektiven Erfolges, der ganz objektiv jedoch vor allem nur Geld, Wohlstand oder sogar Reichtum bedeutet. Die Armut will auch nicht zu der großen nationalen Erfolgsgeschichte passen, die die Herrschenden und Mächtigen so gern erzählen, und die sie insgeheim oder auch ausgesprochen als Resultat ihrer eigenen Tüchtigkeit betrachten: Deutschland sollte ihnen dankbar sein, gemäß der absurden neoliberalen Vorstellung, wonach die Summe allen eigennützigen Handelns aller eigennützigen Individuen im Ergebnis Gemeinnutz schaffen würde.

Armut stört. Sie will auch gar nicht passen zu dem politischen Leistungs- und Erfolgsnachweis, den zu erbringen eine jede Regierung so bemüht sein muss. Armut stellt im Land mit der viertstärksten Volkswirtschaft auf dieser Erde immer ein Armutszeugnis für die politisch Verantwortlichen dar. Armut ist immer ein öffentliches Zeugnis politischen Misserfolgs.

Schließlich ist Armut immer auch ein Imperativ. Armut enthält immer eine stumme moralische Anklage, ist etwas, das nicht hingenommen werden kann und das letztlich zu teilen auffordert.

So ist erklärbar, dass sich nicht gerade beliebt macht, wer von Armut spricht, wer dieser Gesellschaft und ihren Reichen ihren Armuts Spiegel vorhält. Dass Armut dann vehement geleugnet wird von all jenen, die befürchten müssen, in dieser Diskussion nur verlieren zu können, sei es Reputation, Wählerzustimmung oder sogar Geld, ist das Geringste, womit der Bote rechnen muss. Er sollte sich lieber auf einiges an Tiraden gefasst machen: Von effekthaschender Skandalisierung über das Anzetteln von Neiddebatten bis hin zur unverantwortlichen Verunsicherung der Mittelschicht oder sogar der Unterstützung rechter Demagogen reichen die reflexhaft vorgebrachten Beschimpfungen, die so sicher und mittlerweile so ritualisiert einsetzen wie das Amen in der Kirche.

Dem Autor dieses Buches wird es nicht anders ergehen. Zu viel Kluges, zu viel Wahres und zu viel Kompromissloses befindet sich darin über die Armut in diesem Lande, den Umgang mit ihr und über die möglichen Wege, sie zu beseitigen, wenn man nur genug Willen und Kraft hätte. Ein gutes

Buch über Armut, das nicht nur an Oberflächlichkeiten kratzt, sondern in die Tiefe geht und auch nach strukturellen Ursachen, nach gesellschaftlichen Interessen und Machtverhältnissen fragt, und dabei den Mut hat, Ross und Reiter zu nennen, muss provozieren. Das liegt in der Natur des Themas. Ein Buch über Armut, das nicht provoziert, das niemanden stört, wird wahrscheinlich nicht viel taugen und wird das Thema kaum getroffen haben. Denn Armut stört und ein gutes Buch über Armut auch. Recht so. Ich wünsche eine verstörende Lektüre.

1. Einleitung

Armut und Ungleichheit stören. Sie stören den politischen Betrieb, denn Armut setzt Politik in Demokratien unter Handlungsdruck. Sie stören auch die Öffentlichkeit, die ihren Alltag im Glauben an eine gesicherte eigene Stellung gerne ungetrübt von den Klagen über gesellschaftliche Ausgrenzung genießen würde. Sie stören auch viele Journalisten, die sich, wenn auch häufig nicht finanziell, so doch in Bildung und Habitus weit entfernt vom Objekt ihrer Berichte wähnen und deren Anliegen und Leben nicht selten verständnislos gegenüberstehen.

»Die im Dunkeln sieht man nicht«, formulierte Bertolt Brecht in der Dreigroschenoper. Das kann nach Auffassung einer großen Koalition in Politik, Medien und Wirtschaft gerne so bleiben. Aus diesem Grund wird der, der Armut zum Thema macht, mit zum Störer. In der öffentlichen Diskussion um Armut, ihre Ursachen und ihren Umfang wird dabei inzwischen häufig gefordert, das Thema Armut auszublenden. Dabei werden die in Armutsberichten genannten, der amtlichen Statistik entstammenden Zahlen gar nicht bestritten. Bestritten wird, dass es ein relevantes Thema sei, etwa weil »Armutlobbyisten nur noch nerven« (Dönch 2015), die sich daraus ableitenden Forderungen etwa des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes »in einem sozialistischen Weltbild« (Ewert 2017) wurzeln oder soziale Proteste von links (»Es riecht nach Volksaufstand« [Eckert 2017]) oder rechts befürchtet werden, denn die Armutsberichterstattung etwa des Paritätischen trage »weitere Unruhe in jene Teile der Bevölkerung, die wegen der Flüchtlingskrise ohnehin schon verunsichert sind, und treibt denjenigen Wähler und Unterstützer zu, die einfache Antworten liefern« (Kleinhubbert 2016). Sie betreibe »das Geschäft der Rechtspopulisten«, wie ein deutscher Bischof im März 2017 befürchtete (vgl. Frank 2017). Man fühlt sich an das bekannte Zitat des Grafen von der Schulenburg erinnert, der dereinst mahnte: »Jetzt ist Ruhe die erste Bürgerpflicht.«

Der Arme stört. Er stört umso mehr, je sichtbarer seine Armut ist. Er wird damit zum Störer, im praktischen Sinne und manchmal auch im Rechtssinne. Wie tief verwurzelt das Verständnis vom Armen als Störer selbst im deutschen Recht verankert ist, hat das deutsche Staatsoberhaupt, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, in seiner lesenswerten, im Verlag »Soziale Hilfe« erschienenen Dissertation »Bürger ohne Obdach« (1992) am

Beispiel der Wohnungslosigkeit zu und mit Recht kritisiert.¹ Wohnungslosigkeit wird in Deutschland noch heute als Anwendungsfall für das Sicherheits- und Ordnungsrecht angesehen: »Die Selbstverständlichkeit, mit der in Rechtsprechung und Literatur auch heute noch der Wohnungslose als der an sich beseitigungspflichtige Störer qualifiziert wird, muss erstaunen. Nicht nur, weil sie in der polygonalen Konstellation zwischen Wohnungslosen, Wohnungsinhabern, Polizeibehörde und Sozialbehörde gerade den Hilfsbedürftigen zum Störer erklären muss, sondern auch, weil sich Selbstzweifel der Rechtsprechung hinsichtlich dieser Voraussetzung polizeilichen Handelns zeitlich am längsten zurückverfolgen lassen. Davon zeugen immer wieder gerichtliche Entscheidungen, die mit kompromisshaften Formulierungen den Obdachlosen in eine für die polizeirechtliche Begrifflichkeit ganz ungewöhnliche Doppelfunktion einerseits als Störer, andererseits als Schutzbedürftigen einweisen. Die Unsicherheit erweist sich selbst in ober- und höchstrichterlichen Judikaten, die die polizeiliche Einweisung in eine Obdachlosenunterkunft nicht ›in erster Linie‹ als Gebot, sich in eine Unterkunft zu begeben, oder als Verbot, ohne Obdach zu sein, verstanden wissen will, sondern als ›Gestattung‹, das zugewiesene Obdach zu beziehen und sich dort notdürftig einzurichten. Auch hier konkretisiert sich auf schlüpfrigem dogmatischem Boden der Ausnahmecharakter des Obdachlosenrechts. Wo sonst im Recht ist die Erteilung von ›Gestattungen‹ so gleichbedeutend mit dem Regime des polizeilichen Zwangs?« (ebd.: 223)

Heute gibt es weitere Beispiele für Regelungen mit Doppelcharakter, etwa der Versuch, Betroffene dazu zu drängen, sogenannte Eingliederungsvereinbarungen beim Jobcenter zu unterschreiben, die als öffentlich-rechtliche Verträge dem Betroffenen Widerspruchs- und Klagerechte nehmen und das Tor für die Anwendung des längst maßlos gewordenen Sanktionsregimes öffnen. Das wirft Fragen auf: Wie kann es sein, dass sich der soziale und rechtliche Status einer großen Zahl auf staatliche Leistungen angewiesener und von Armut betroffener Menschen in den vergangenen Jahren verschlechtert hat, entgegen dem liberalen und sozialen Selbstbild unserer Gesellschaft und trotz der bestehenden politischen Beteiligungsmöglichkeiten der Betroffenen? Wie konnte die soziale Spaltung so weit voranschreiten, dass der Arme immer häufiger Ärger statt Empathie weckt und

¹ Steinmeiers Arbeit widerlegt diese verbreitete Auffassung und endet mit einem Plädoyer für die Aufnahme eines grundrechtsähnlichen Rechts auf Wohnraum in das Grundgesetz.

sich gemeinsam mit anderen Gruppen nicht mehr repräsentiert und an den Rand gedrängt fühlt? Und wie kann es sein, dass Armut und ihre verheerenden Folgen häufig als »Ungleichheit« bagatellisiert werden?

Zwischen gefühlter und tatsächlicher Armut in Deutschland liegt heute eine breite Kluft. Während gerade die empirisch orientierte Wissenschaft und die berufsmäßig zur Nüchternheit verpflichteten Statistiker aus den Statistischen Ämtern von Ländern, Bund, Europäischer Union, OECD u.a. nahezu wöchentlich neue Belege für wachsende Ungleichheit präsentieren, wird allein der Hinweis darauf in breiten Teilen der politischen und medialen Öffentlichkeit, bei Wirtschaftsvertretern, Journalisten, Politikern und Ministerialen – bei jenen, die häufig als Elite der Gesellschaft bezeichnet werden, und die sich nicht selten auch genauso verstehen – immer häufiger als unangemessen bezeichnet. Einige wenige Beispiele, pars pro toto: Am 5. November 2015 meldete das Statistische Bundesamt in einer Pressemitteilung (Statistisches Bundesamt 2015a), dass »20,6% der Bevölkerung Deutschlands von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht« seien, insgesamt 16,5 Millionen Menschen. Der Präsident des renommierten Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Marcel Fratzscher, der von der Bundesregierung selbst als Berater geschätzt ist, stellt in seinem 2016 vorgelegten Buch fest, dass Deutschland »heute eines der ungleichsten Länder der industrialisierten Welt« ist (Fratzscher 2016: 9) und insbesondere die Verteilung der Vermögen »höchst ungleich« sei: »In keinem anderen Land der Eurozone ist die Vermögensungleichheit höher. (...) In kaum einem anderen Land in Europa besitzen die reichsten 10% der Bevölkerung größere Vermögenswerte.« (ebd.: 11) »Die soziale Marktwirtschaft existiert nicht mehr«, so das Fazit des DIW-Präsidenten.

Zuvor hatte u.a. auch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in ihrem Sozialbericht festgestellt, dass der materielle Wohlstand in Deutschland deutlich ungleicher verteilt sei als in anderen Industrienationen. Auch zu Jahresbeginn 2017 sieht etwa das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung keine Trendwende, im Gegenteil: »Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander«, konstatiert DIW-Forscher Markus Grabka (Grabka 2017). Die Europäische Kommission weist in ihrem Länderbericht zur Lage in Deutschland 2017 ebenfalls darauf hin, dass »mehrere Indikatoren für relative Armut und soziale Ausgrenzung im Anstieg begriffen« (Europäische Kommission 2017: 4) seien. Die Liste ließe sich mit zahllosen anderen, ganz konkreten Beispielen leider noch viel zu lange fortsetzen. Nicht zuletzt entsprechen die Befunde der

Wahrnehmung vieler Millionen Menschen in Deutschland, die sich von der gesellschaftlichen Wohlstandsentwicklung abgehängt und von Armut und Ausgrenzung betroffen ansehen. Sie beschränkt sich aber längst nicht auf diese Gruppe: Nach einer aktuellen Studie der der Regierungspartei SPD nahestehenden Friedrich Ebert Stiftung vom Juli 2016 (Mau/Heuer 2016) halten 82% der Deutschen die Ungleichheit in Deutschland für zu groß.

Wer in dieser Situation argumentiert, dass Ungleichheit kein Problem sei, weil es einem Teil der Bevölkerung doch immer besser gehe, gleicht dem, der eine heiße Herdplatte und einen Brocken Eis zusammengenommen für ein Rezept für einen guten Durchschnitt hält. Gesellschaftlich funktioniert das nicht: Immer mehr Menschen haben aus guten Gründen und eigener Lebenserfahrung den Eindruck, dass die Ungleichheit überhand genommen hat. Wer das als »subjektiven Eindruck« zu diskreditieren versucht, handelt fahrlässig. Kritik an Armutslagen, insbesondere wenn sie mit konkreten Forderungen nach höheren Leistungen verbunden ist, wird dennoch diskreditiert, auch indem den Kritikern vorsätzliche Falschaussagen unterstellt werden. So konterte Bundesarbeitsministerin Nahles Kritik des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes an Vorschlägen ihres Hauses, obwohl dieser nichts anderes unternommen hatte, als Forderungen der SPD-Bundestagsfraktion und der heutigen Bundesarbeitsministerin aus dem Jahr 2010 (siehe Deutscher Bundestag Drucksache 17/3648 vom 10.11.2010) zu referieren: »Wer was anderes sagt, der täuscht wirklich bewusst die Leute und wiegelt hier auch offensichtlich auf, wider besseren Wissens.« (Im Gespräch mit N24, 21.9.2016) Damit werden die zwei wesentlichen Vorwürfe der Verteidiger der ungleichen Verhältnisse in einem Satz gebündelt. Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Und wie heißt es bei Johann Paul Friedrich Richter, genannt Jean Paul? »Wer die Wahrheit geigt, dem schlägt man leicht die Fidel auf den Kopf.«

Für den, der wachsende soziale Disparitäten nicht zur Kenntnis nimmt und/oder für den sie kein Problem darstellen, bieten solche Analysen den Charme, sich in den Schlussfolgerungen nicht zu weit bewegen zu müssen. Eine der derzeit im politischen Raum am häufigsten zu findenden Forderungen ist deshalb nicht die Forderung nach Veränderungen, sondern nach einem neuen Narrativ, einer neuen Erzählung. Der für Deutschland vielleicht prägendste Narrativ ist der von der sozialen Marktwirtschaft, die »Wohlstand für alle« (Ludwig Erhard) verspreche. Dieser Narrativ trägt heute offenkundig nicht mehr (vgl. Schneider 2017), und auch andere Narrative sind in der Krise: »Die Sozialdemokratie und der Liberalismus sind ebenso wie

die christliche Politik in der Krise. Entstanden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als Antwort auf die industrielle Revolution ziehen ihre Selbstverständlichkeiten nicht mehr; die Arbeiter aus ihrem Elend zu holen, die Bürger zu befreien, eine christlich-sozial-geprägte Ordnung zu etablieren. Die Milieus, die die jeweiligen Narrative lebten, gibt es nicht mehr.« (Görlach 2016) Je stärker die Politik Hoffnung in neue Erzählungen setzt, desto häufiger entwickeln Menschen den Verdacht, an sie wird das adressiert, was Erzählungen auch sein können: Märchen. Das hat gesellschaftliche und politische Folgen, die im Folgenden ebenfalls thematisiert werden sollen.

Was dabei stört, sind konkrete Beispiele und Daten über Armut und Ausgrenzung. Was noch mehr stört ist, wenn diese nicht nur durch Ämter und Wissenschaftler formuliert, sondern von Menschen oder Verbänden zitiert und mit konkreten Forderungen verbunden werden. Bisweilen geht der Ärger soweit, dass ein Albert Einstein zugeschriebener ironischer Rat zur Leitmaxime geworden zu sein scheint: Wenn die Theorie nicht zu den Fakten passt, ändere die Fakten oder – eine neuere Erfindung aus den Vereinigten Staaten – bediene dich »alternativer Fakten«. Ein beliebtes Mittel, um nicht die Fakten selbst zu ändern, aber einen anderen Blick und durch einen neuen begrifflichen Rahmen auch eine andere Realität zu schaffen, ist die Umwertung von Begriffen und Werten.

Bisher bestand beispielsweise weit über die Grenzen Deutschlands hinaus nicht nur in der Armutsforschung, sondern auch in Politik und Wirtschaft ein Grundkonsens in Armutsfragen: Armut nicht nur an einer absoluten Armutsgrenze von einem verfügbaren Einkommen von weniger als 1,90 US-Dollar (Weltbank 2016: 3) oder an einem absoluten physischen Existenzminimum, das für Nahrung bei ungefähr 1.200 Kalorien täglich liegt, zu berechnen, sondern das Ausmaß an Armut relativ zum erreichten Wohlstandsniveau einer Gesellschaft zu bestimmen. Das war bis dahin relativ unumstritten, denn bekanntlich ist nicht die Theorie, sondern die Praxis der Ort, an dem man am ehesten ein gutes Steak bekommt. So hatte etwa die damalige Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen noch im Dezember 2012 betont: »Armut ist in einem reichen Land wie Deutschland relativ.« (zitiert nach Baumann/Seils 2014: 3)

Es war wiederum die heutige Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles, die für Aufsehen sorgte, als sie 2015 in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung ausgerechnet diesen Grundkonsens der Armuts- und Reichtumsberichterstattung in Frage stellte. Eigentlich ging es dabei »über Ministerien in ihrer Heimat, der rheinland-pfälzischen Eifel, und ihr Pferd ›Siepke«,

wie die Süddeutsche die eigentlichen Schwerpunkte des Interviews zutreffend wiedergab. Angesprochen auf den aktuellen Armutsbericht des Paritätischen, in dem Armut als relative Einkommensarmut thematisiert wird, formulierte Nahles bei der Gelegenheit: »Der Ansatz führt leider schnell in die Irre. (...) Es ist eine relative Größe, die Einkommensspreizung zeigt, aber nicht die absolute Armut. Dabei laufen wir aber Gefahr, den Blick für die wirklich Bedürftigen zu verlieren. Es gibt zum Beispiel mehr illegale Einwanderer und sehr viel jüngere Erwerbsgeminderte, da haben wir es mit wirklicher Armut zu tun.« (Bohsem/Öchsner 2015) Einmal ganz abgesehen davon, dass bis heute auch kein erweitertes Engagement für die nach dieser Leseart wirklich Armen festzustellen ist, erinnert die rhetorische Berufung auf die »wirklich Armen« an die bekannten Argumente um Flüchtlingshilfe, in der im angeblichen Interesse der »wirklich Verfolgten« das Asylrecht abgeschafft werden sollte.² Die Rede von den »wirklich Bedürftigen« führt uns aber mitten hinein in den Armutsdiskurs, in dem es nicht nur um Begriffe, sondern auch um den Kampf um Anerkennung im Sozialstaat und damit auch ganz konkret um die Lebenschancen von Menschen geht.³

² Die Lektüre des Interviews ist dennoch zu empfehlen, schon der Metaphern wegen: »Angenommen, der Wohlstand in unserem Land würde explodieren« (zitiert nach Bohsem/Öchsner 2015).

³ Apropos Chancen: Den Kolleginnen und Kollegen auf den verschiedensten Ebenen im Paritätischen Wohlfahrtsverband schulde ich Dank für die Möglichkeit zur Teilhabe an ihrem (Praxis)Wissen, für lehrreiche Debatten und stete Unterstützung. Stellvertretend für alle möchte ich dabei Ulrich Schneider, Rolf Rosenbrock, Werner Hesse, Gwendolyn Stilling, Christian Woltering, Barbara Stolterfoht und meine Abteilungskolleginnen und Kollegen nennen, ferner Rüdiger C. Graf für Einblicke in seine Forschungen und Katrin Swoboda, für alles.